

II- 9307 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4691 W

1989 -12- 0 5

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Ofner  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Einleitung der Voruntersuchung gegen Bundes-  
minister Dkfm. Lacina

Das Nachrichtenmagazin "Profil" veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 4. Dezember 1989 auf den Seiten 14-24 einen Artikel, der unter anderem auf die Verwicklung des derzeitigen Finanzministers Dkfm. Ferdinand Lacina in die Noricum-Affaire Bezug nimmt. Darin wird insbesondere dargestellt, welches Resumee der zuständige Staatsanwalt Dr. Sittenthaler aus den bisherigen Ermittlungen gegen Bundesminister Lacina zieht. Nach Meinung des Staatsanwaltes ergibt sich aus mehreren Aktenstücken, "daß Dkfm. Lacina entsprechend seiner Funktion als zuständiger Ressortminister durchaus ein erheblich größeres Wissen hatte, als er in Medienaussagen vorgibt." Überdies sei der im Ministerium laut Kartei vorhandene Akt "Waffenlieferungen in den Iran" dort nicht auffindbar gewesen; ebenso wenig ein Aktenvermerk des Bundesministers über das Ergebnis seiner Untersuchungen am 19.8.1985.

Diese neuen Verdachtsmomente des zuständigen Staatsanwaltes sind im Zusammenhang mit den Vorwürfen der Oberstaatsanwaltschaft Linz zu sehen, die zur Einleitung der Vorerhebung gegen Bundesminister Lacina geführt haben. Bereits vor Einleitung der Vorerhebungen am 26. September 1989 nahm die Oberstaatsanwaltschaft Linz an, daß der damalige Verstaatlichten Minister Lacina 1985 die ihm aufgetragene Überprüfung des angeblichen Libyengeschäftes objektiv gesehen nicht mit der erforderlichen Sorgfalt vorgenommen habe und überdies schon damals in Kenntnis von zumindest einem oder zwei Amry-Fernschreiben gewesen sei. Die Oberstaatsanwaltschaft

folgerte, daß "die vorliegenden Verdachtsmomente in Richtung einer Scheinüberprüfung zeigt."

Die unterzeichneten Abgeordneten meinen das insbesondere deshalb, weil die mittlerweile durchgeführten Vorerhebungen die Verdachtsmomente gegen Finanzminister Dkfm. Ferdinand Lacina nach Ansicht der Staatsanwaltschaft erhärtet haben, die Einleitung einer Voruntersuchung nicht weiter hinausgezögert werden sollte. Normalerweise werden Voruntersuchungen jedenfalls schon bei geringfügigeren Verdachtsmomenten eingeleitet.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

Wird aufgrund der durch die Vorerhebung erhärteten konkreten Verdachtsmomente gegen Finanzminister Dkfm. Ferdinand Lacina nunmehr eine gerichtliche Voruntersuchung in der Noricum Affaire eingeleitet?